

„Solide Finanzen statt windige Versprechen“

Pressemitteilung des SPD-Bundestagsabgeordneten Rainer Arnold zur Bundestagswahl

Wo Menschen – und ganz besonders politisch engagierte Menschen – zusammenkommen, gibt es verschiedene Ansichten. Allerdings ist die politische Auseinandersetzung, das Ringen um die besten Konzepte, weniger ein Nachteil als vielmehr Privileg der Demokratie, schreibt der SPD-Bundestagsabgeordnete Rainer Arnold in einer Pressemitteilung.

Kirchheim. Gerade vor Wahlen sollten sich Parteien eigentlich besonders anstrengen, beim Wähler für ihre Ideen zu werben und Unterschiede zum politischen Gegner deutlich zu machen. „Bei der Union scheint man sich vor beiden Aufgaben zu drücken“, so Rainer Arnold, SPD-Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Nürtingen: „Seit Wochen führt die Kanzlerin die Auseinandersetzung mit den Konzepten von Peer Steinbrück dadurch, dass sie der Auseinandersetzung aus dem Weg geht.“

Arnolds Vermutung: Die Union setze darauf, die Bürger ruhig zu halten; möglichst wenige Leute sollen

sich für Politik interessieren: „Das ist vielleicht kurzfristig gut für Frau Merkel, aber es ist schlimm für unsere Demokratie.“ Es könnte allerdings, so Arnold, auch daran liegen, dass Union und FDP schlicht keine abgestimmten Konzepte hätten. Tatsächlich seien Reformen bei Rente und Pflegeversicherung zwar angekündigt worden. Konkrete Ergebnisse habe es aber bisher keine gegeben. „Viele Menschen wissen aber, dass mit bloßem Abwarten ihre Zukunft nicht gesichert wird“, so Arnold, „und sind deshalb von dieser Koalition enttäuscht.“

Auf der anderen Seite fänden gerade sozialdemokratische Ziele wie Mindestlohn, Mietpreisbremse oder mehr Kontrolle von Rüstungsexporten große Zustimmung. Ganz besonders gelte das für den Ausbau bei Bildung und Betreuung. Junge Eltern wollten heute Familie und Beruf vereinbaren – und stünden oft vor Hindernissen, weil klamme Kommunen mit der Zahl von Betreuungsplätzen nicht hinterherkämen oder die Kita-Gebühren erhöhten. „Hier muss die Politik die Kommunen so ausstatten, dass sie ihre Aufgaben auch erfüllen können“, so SPD-Mann Arnold.

Seriöse Politik heiße deshalb auch,

dass diejenigen, die sehr viel mehr haben, etwas mehr zum Gemeinwohl beitragen. Die Sozialdemokraten wollen deshalb einen stärkeren Beitrag für die höchsten Einkommen. „Die Erhöhung des Spitzensteuersatzes betrifft nur fünf Prozent der



Steuerzahler,“ stellt Arnold klar, und die Belastungen seien durchaus verkraftbar: „Wenn ein Alleinstehender mit 6 100 Euro brutto im Monat acht Cent mehr Steuern zahlt,“ dann ändere er kaum den Lebensstil: „Er besucht dasselbe Restaurant und fährt das gleiche Auto,“ so Arnold, „aber in der Summe ist mehr Geld da – für Kitas, Straßen ohne Schlaglöcher und öffentliche Bibliotheken.“

Dafür wollen die Sozialdemokra-

ten auch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Dabei ist Arnold wichtig, „dass wir die Substanz der Unternehmen nicht antasten.“ Schließlich wisse man um das Problem des geringen Eigenkapitals vieler Unternehmen.

Wichtig sei aber eine seriöse Finanzierung der öffentlichen Aufgaben. „Wenn die Regierung jetzt vollmundig ankündigt, mehr Geld für Bildung auszugeben, nebenbei noch kräftig zu sparen und dann auch noch die Steuern senken will, muss sie nach dem Wahltag erst noch eine Kasse finden, aus der das Geld kommt,“ so Arnold. „Und das sind zum Beispiel die Kassen der Kommunen, die Kita-Gebühren erhöhen und Bildungseinrichtungen schließen müssen.“

Die Bürger sollten also noch vor dem Wahltag nachrechnen.“ Davon abgesehen, sei bei Wahlversprechen von Union und FDP ohnehin Skepsis angebracht: 2009 hätten sich die Koalitionäre ausführlich darüber gestritten, ob man die Bürger um 25 oder gar 30 Milliarden Euro steuerlich entlasten solle. Das einzige Ergebnis der Steuersenkungsdebatte sei die ermäßigte Mehrwertsteuer für Hoteliers gewesen. pm